
Östliche Partnerschaft 3.0

Grundsätze,
Prioritäten und
Aussichten



EINGEHENDE ANALYSE

EPRS | Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Autoren: Naja Bentzen und Jakub Przetacznik
Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder
PE 651.966 – Juni 2020

Die geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Situation in Europa hat sich in den vergangenen 10 Jahren, seit die Östliche Partnerschaft ursprünglich gegründet wurde, bedeutend verändert. Mit dem wachsenden Druck auf Demokratien und Multilateralismus weltweit, einem energischen Russland unter Wladimir Putin und einem immer stärker Einfluss nehmenden China wächst auch die Rolle der Europäischen Union – einem globalen Vorkämpfer für Demokratie und Multilateralismus – und ihre Verantwortung für eine nachhaltige Stabilität in der Region der Östlichen Partnerschaft. Vor diesem Hintergrund haben die neue „geopolitische“ Europäische Kommission und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik einen Vorschlag für die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 eingereicht, der seinen Schwerpunkt auf die „Stärkung der Resilienz“ setzt.

AUTOREN

Naja Bentzen, Jakub Przetacznik, Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder

Diese Studie wurde vom Wissenschaftlichen Dienst für die Mitglieder, der zur Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst des Sekretariats des Europäischen Parlaments gehört, erarbeitet.

Um sich mit den Autoren in Verbindung zu setzen, senden Sie bitte eine E-Mail an: EPRS@ep.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN

Original: EN

Übersetzungen: DE, FR

Manuskript im April 2020 abgeschlossen

HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

Brüssel © Europäische Union, 2020

PE 651.966

ISBN: 978-92-846-6820-5

doi:10.2861/691931

QA-01-20-360-DE-N

eprs@ep.europa.eu

<http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)

Zusammenfassung

Europa hat sich seit der ursprünglichen Gründung der Östlichen Partnerschaft im Jahre 2009 erheblich entwickelt. Die Grundsätze dieser gemeinsamen politischen Initiative – zur Stärkung der institutionellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine – bleiben im Vergleich zum Gründungszeitpunkt der Partnerschaft unverändert wichtig, trotz der unterschiedlichen Wege, die die einzelnen Länder seither eingeschlagen haben.

Gleichzeitig hat sich die geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage in der Region im vergangenen Jahrzehnt weiterentwickelt. Russlands offene wie verdeckte Aggression in der Region hat zugenommen, und die russische Annexion der Krim im März 2014 und die hybride Kriegsführung gegen die Ukraine – einschließlich der Desinformationskampagnen und des wirtschaftlichen Drucks – stellen die betroffenen Bevölkerungen, die humanitäre Situation vor Ort und den Rechtsstaat international vor erhebliche Herausforderungen.

Das sich wandelnde globale, geopolitische Umfeld wirkt sich sichtbar auf die heterogene Region der Östlichen Partnerschaft aus, gleichwohl unterscheiden sich die Auswirkungen und Prioritäten von Land zu Land. Mit dem wachsenden Druck auf Demokratien und Multilateralismus weltweit, der unvorhersehbaren Rolle der Vereinigten Staaten unter Donald Trump, einem energischen Russland unter Wladimir Putin und einem immer stärker Einfluss nehmenden China wächst auch die Rolle der Europäischen Union – einem globalen Vorkämpfer für Demokratie und Multilateralismus – und ihre Verantwortung für eine nachhaltige Stabilität in der Region der Östlichen Partnerschaft.

Vor diesem Hintergrund haben die „geopolitische“ Europäische Kommission (wie sie von ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen bei ihrer Amtsübernahme beschrieben wurde) und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik einen gemeinsamen Vorschlag für die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 eingereicht, der nach ihren Worten auf die „Stärkung der Resilienz“ fokussiert. Die neuen Politikziele sind Bestandteil der Außenpolitik der EU insgesamt, die darauf abzielt, ihren Einfluss im Ausland zu steigern, ihre demokratischen Werte zu vermitteln und ihre Rolle als prinzipientreuer und glaubwürdiger geopolitischer Akteur zu stärken. Obgleich die Prinzipien und Prioritäten klar erscheinen, bestimmt deren Umsetzung die Zukunftsperspektiven.

Inhalt

1. Einführung in die „Östliche Partnerschaft“	1
1.1. Geschichte der Östlichen Partnerschaft	1
1.2. Russlands Selbstbewusstsein und ihre Abstoßungskräfte	2
2. 20 Zielvorgaben für 2020	3
3. Perspektiven für die Östliche Partnerschaft: Zu neuen Ufern?	5
3.1. Der Rat bekräftigt Engagement für gemeinsame Demokratie, Wohlstand und Stabilität	6
3.2. Positionen der Länder der Östlichen Partnerschaft	7
3.3. Nächste Schritte für die Östliche Partnerschaft	7
4. Das Europäische Parlament und EURO-NEST	8
5. Wichtige Meilensteine für die Östliche Partnerschaft	9
6. Profile der Länder der Östlichen Partnerschaft	10
6.1. Armenien: Auf dem Weg zu staatlichen Reformen	10
6.2. Aserbaidschan: autoritärer Reformismus?	11
6.3. Belarus: Besserung der angespannten EU-Beziehungen?	13
6.4. Georgien: Konsolidierung ihrer europäischen Ambitionen?	15
6.5. Republik Moldau: Vom Klassenbesten zum Problemkind	17
6.6. Ukraine: An vorderster Front geopolitischer Veränderungen	19
7. Wichtigste bibliografische Angaben	22

1. Einführung in die „Östliche Partnerschaft“

Die [Östliche Partnerschaft](#) (ÖstP) – eine gemeinsame Initiative der Europäischen Union (EU), ihren Mitgliedstaaten und sechs östlichen Nachbarländern: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine. Als strategische Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Regeln, beiderseitiger Interessen und Verpflichtungen ebenso wie gemeinsamer Trägerschaft und Verantwortung zielt die ÖstP darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den ÖstP-Ländern zu stärken und zu vertiefen. Neben der Unterstützung bei der Erhöhung der Stabilität, des Wohlstandes und der Resilienz der Nachbarländer der EU im Einklang mit der [Globalen Strategie](#) 2016 für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der [Überarbeitung](#) der Europäischen Nachbarschaftspolitik 2015 unterstützt die ÖstP eine Reihe globaler Politikziele wie das [Übereinkommen von Paris](#) zum Klimawandel und die [Agenda 2030 der UN](#) und ihre Ziele zur nachhaltigen Entwicklung. Sie orientiert sich an den [politischen Leitlinien 2019-2024](#) der Europäischen Kommission und spiegelt ihre Vorzeige-Strategien wie den „Europäischen Grünen Deal“ ([COM\(2019\) 640](#)), „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ ([COM\(2020\) 67](#)), „Eine neue Industriestrategie für Europa“ ([COM\(2020\) 102](#)) und „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025“ ([COM\(2020\) 152](#)) wider.

1.1. Geschichte der Östlichen Partnerschaft

Die Beziehungen zwischen der EU und ihren sechs oben genannten östlichen Nachbarn haben sich erheblich entwickelt, seit letztere ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion nach deren Zusammenbruch 1991 erlangt haben. Die sich daraus ergebenden geopolitischen Verschiebungen prägen nach wie vor die Realität dieser Länder bis heute. Einerseits sind deren dynamische wie unterschiedliche Demokratisierungsprozesse von einer wachsenden EU beeinflusst worden, die über erhebliche „weiche“ Machtinstrumente verfügt. Andererseits mussten sie sich, häufig unter angespannten Bedingungen, mit einem aggressiven Russland auseinandersetzen, das die Östliche Partnerschaft als einen Angriff auf seine nationalen strategischen Interessen betrachtet und seine enorme Macht sowohl offen als auch verdeckt ausübt.

Die EU: die internationale Institution, die unter den Bürgern der ÖstP-Länder das größte Vertrauen genießt

Die EU ist die internationale Institution, die das größte Vertrauen genießt, und die einzige, der eine Mehrheit der ÖstP-Bürger (58 %) vertraut.

52 % der ÖstP-Bürger haben eine positive Wahrnehmung der EU (7 % mehr als 2016).

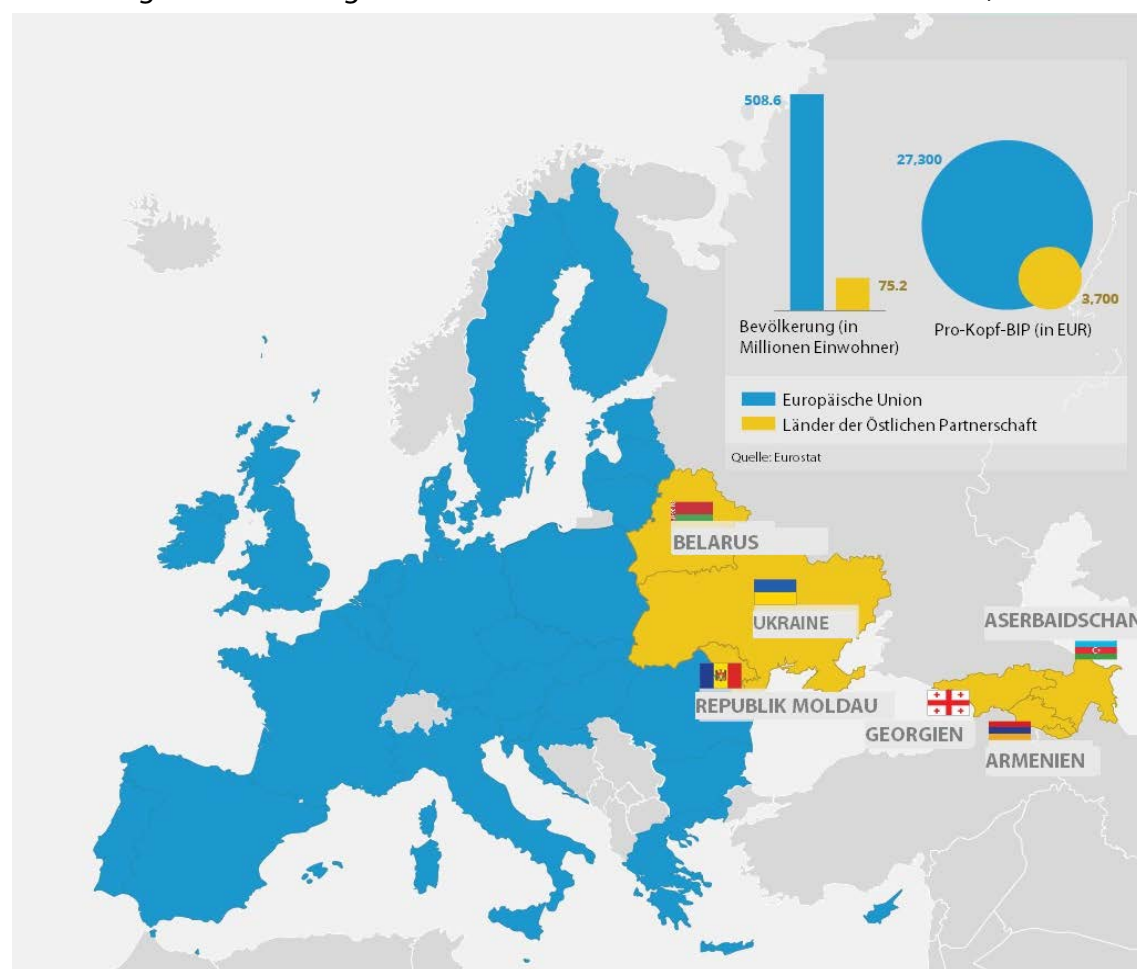
67 % der ÖstP-Bürger bewerten die Beziehungen zwischen ihren Ländern und der EU als „gut“.

54 % der ÖstP-Bürger sind sich der finanziellen Hilfen durch die EU bewusst, und 50 % von ihnen betrachten diese Unterstützung als wirksam (seit 2016 um 7 % gestiegen).

53 % der ÖstP-Bürger, die von den EU-Finanzhilfen für die Region Kenntnis haben, kennen zumindest ein Programm, das von der EU in ihrem Land finanziert wird; das sind 18 % mehr im Vergleich zu 2017.

Quelle: euneighbours.eu, Mai 2019 (Link nur auf Englisch).

Abbildung 1: Bevölkerung und BIP der Länder der Östlichen Partnerschaft, 2020



Quelle: [Rat der EU](#).

1.2. Russlands Selbstbewusstsein und ihre Abstoßungskräfte

Fünf Jahre nach Annahme der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde im Jahre 2009 die Östliche Partnerschaft in Prag als eine besondere Dimension dieser Politik ins Leben gerufen, als Folge der Weltwirtschaftskrise und Russlands [Cyberangriffe](#) auf Estland (2007) und der [hybriden Attacken](#) gegen Georgien (2008). Seitdem haben die EU und die Länder der Östlichen Partnerschaft eine Reihe politischer Maßnahmen ergriffen und eine Folge von Abkommen vereinbart. Vor dem Hintergrund wachsenden Misstrauens gegenüber den engeren Beziehungen zwischen seinen früheren Satellitenstaaten und der EU hat der Kreml eine zunehmend aggressive Rolle in der Region eingenommen. Dadurch sind ironischerweise einige der Länder noch näher an die EU gerückt; dieser Trend spiegelte sich 2015 in der Neubelebung der Östlichen Partnerschaft und verlieh den [Reformbemühungen](#) in einigen ÖstP-Ländern neuen Schwung. Infolge der widerrechtlichen Annexion der Krim durch Russland und dem Beginn der hybriden Kriegsführung gegen die Ukraine Anfang 2014 schloss die EU Assoziierungsabkommen (AA) einschließlich vertiefter und umfassender Freihandelszonen (DCFTAs) mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien ab. Zusätzliche Meilensteine waren die Abschaffung der Visumpflicht zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der anderen Seite. Darüber hinaus schlossen die EU

und Armenien ein Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft (CEPA) ab. Die AAs/DCFTAs mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine sahen auch die Einrichtung von Plattformen der Zivilgesellschaft vor, um regelmäßige Treffen der Vertreter beider Seiten zu fördern. Hier vertritt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) die Zivilgesellschaft auf EU-Seite. Ein weiteres Format für subnationale Zusammenarbeit ist die Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP), die vom Ausschuss der Regionen (AdR) eingerichtet wurde. Sie zielt darauf ab, die ÖstP-Ziele auf Ebene der Steuerung den Bürgern so nahe wie möglich zu bringen.

Chinas Ambitionen und Versprechungen in der ÖstP-Region

Obgleich Moskau in der ÖstP-Region im letzten Jahrzehnt zunehmend aggressiv auftritt, sind ihre Rolle und ihr Verhalten der Zwangsausübung relativ vorhersehbar und kurzsichtig. Die konkurrierenden Bemühungen Pekings zur Stärkung ihres geopolitischen Einflusses in der Region scheinen einen längerfristigen Horizont im Blick zu haben und auf wirtschaftliches Engagement zu bauen. Ein deutliches Beispiel des wachsenden geopolitischen Wettbewerbs in der Region ist die Ukraine, die dringend ausländische Direktinvestitionen braucht. Hier investiert China in die Infrastruktur wie der strategisch bedeutende Seehafen von [Mariupol](#). Darüber hinaus bedient sich Peking verschiedener anderer „weicher“ [Machtinstrumente](#) wie Beziehungen auf bildungspolitischem und kulturellem Gebiet, aber auch der Akquisition von Medien, um seinen außenpolitischen Einfluss zu stärken. Chinas Verhalten in der Ukraine steht im Einklang mit seinen [Aktivitäten](#) in anderen Teilen Europas, wie dem Balkan und Griechenland. Zudem hat sich die Ukraine zum größten Exporteur von [Mais](#) nach China entwickelt, nachdem der Handelskrieg zwischen den USA und China die US-amerikanischen Maisexporte nach China zu einem Stillstand gebracht haben.

2. 20 Zielvorgaben für 2020

Vor dem ÖstP-Gipfel in Brüssel im Jahre 2017 veröffentlichten die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) die [20 Zielvorgaben für 2020](#), eine Reihe spezifischer Ziele zur Erreichung messbarer Ergebnisse und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in vier politischen Schwerpunktgebieten – Wirtschaft, Regierungsführung, Konnektivität und Gesellschaft – zusammen mit Zielen für Querschnittsthemen wie Gleichstellung der Geschlechter, Zivilgesellschaft, Medien und strategische Kommunikation. Außerdem unterstützt die ÖstP globalpolitische Ziele wie die Nachhaltigkeitsziele 2030 der UN und das Übereinkommen von Paris zum Klimawandel. 2018 überprüften die Kommission und der EAD die im Rahmen der „20 Zielvorgaben für 2020“ erreichten Ziele. Die [Ergebnisse](#) für jede Kategorie sind in Tabelle 1 dargelegt.

Tabelle 1: Überprüfung der ÖstP-Ziele 2020

Kategorie	Erfolge	Was muss getan werden?
Stärkung der Wirtschaft	Der Handel zwischen allen Partnerländern und der EU hat seit 2016 zugenommen: um 15 % mit Armenien, um 17 % mit Aserbaidschan, um 19 % mit Belarus, um 6 % mit Georgien, um 20 % mit der Republik Moldau und um 24 % mit der Ukraine.	Sicherstellen, dass die Verpflichtungen zur Harmonisierung der digitalen Märkte wirksam umgesetzt werden Förderung des intraregionalen Handels
	Ein regionales Roaming- Abkommen soll 2020 unterzeichnet werden.	
Stärkung der Regierungsführung	Einrichtung von Systemen zur elektronischen Einkommens- und Vermögenserklärung in Armenien, Georgien, der Republik Moldau und Ukraine	Stärkung der Rechtsstaatlichkeit Umsetzung wichtiger Justizreformen, Stärkung der öffentlichen Verwaltung
	Ein verbessertes Beamtenrecht hat den Weg zu einer weniger politisierten öffentlichen	Stärkung der Sicherheitszusammenarbeit, insbesondere die Bekämpfung der

<p>Stärkung der Konnektivität</p>	<p>Verwaltung in Armenien, Aserbaidshan, Georgien, der Republik Moldau und in der Ukraine geebnet.</p> <p>Der indicative TEN-V-Investitionsaktionsplan sieht den Bau von 5 500 km Straße und Schiene bis 2020 und weitere 4 600 km bis 2030 vor.</p> <p>Die Einweihung des Abschnittes Aserbaidshan-Georgien des Südlichen Gaskorridors hat die Sicherheit der Energieversorgung erhöht.</p> <p>Gemeinsam von der EU und internationalen Finanzinstitutionen ins Leben gerufene Initiativen zur Energieeffizienz haben die Gesetzgebung verbessert und zu Investitionen geführt, die darauf abzielen, die Energierechnungen zu senken und bessere Standards zu etablieren, die mehr Menschen, Kommunen und KMU bereitstehen.</p>	<p>organisierten Kriminalität, Unterstützung von Konfliktlösungen und Begegnung von Bedrohungen der Cyber-Sicherheit</p> <p>Weitere Reduzierung von CO₂-Emissionen und Durchführung einer wirksamen Überwachung der nationalen Emissionen</p> <p>Verbesserter Schutz der Biodiversität und nachhaltige Forstwirtschaft</p>
<p>Stärkung der Gesellschaft</p>	<p>Erste Europäische Schule der Östlichen Partnerschaft in Tiflis</p> <p>Über 30 000 junge Menschen haben seit 2014 am Programm Erasmus+ teilgenommen.</p> <p>EU4Youth unterstützt die Beschäftigungsfähigkeit und das Unternehmertum von 23 000 jungen Menschen in den Partnerländern. Etwa 200 junge europäische Botschafter stärken die Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen in der gesamten EU und ÖstP.</p> <p>Alle Partnerländer haben umfassenden Zugang zum Programm Horizont 2020.</p>	<p>Kontinuierliche Überwachung des Fortschritts bei der Mobilitätspartnerschaft</p> <p>Verbesserung der Qualität und Relevanz der Bildungssysteme, Modernisierung der Lehrmethoden und Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit der Hochschulabsolventen</p>
<p>Querschnittsthemen</p>	<p>Positiver Blick auf die EU: das Vertrauen in die EU ist hoch, wobei 58 % der Bürger im Mai 2019 die EU als die vertrauenswürdigste ausländische Institution ansahen, wenn auch leicht rückläufig gegenüber 61 % im Jahr 2018 (siehe Abbildung in Abschnitt 1.2).</p>	<p>Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Zivilgesellschaft</p> <p>Unterstützung des Medienpluralismus und der Medienunabhängigkeit</p> <p>Förderung von Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung</p>

3. Perspektiven für die Östliche Partnerschaft: Zu neuen Ufern?

Im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der ÖstP, der im Juni 2019 in Brüssel begangen wurde, beauftragte der Europäische Rat die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (der Hohe Vertreter), eine Reihe langfristiger Politikziele für die Zeit nach 2020 noch vor dem nächsten Gipfel der Östlichen Partnerschaft im Juni 2020 vorzulegen. In ihrem Mandatsschreiben an den Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, Olivér Várhelyi, forderte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihn auf, neue langfristige Politikziele für die Östliche Partnerschaft bis Mitte 2020 einzureichen.

Aufbauend auf den Ergebnissen einer Konsultation zur Zukunft der Östlichen Partnerschaft, die von der Kommission im Mai 2019 eröffnet und vom Europäischen Rat im Juni 2019 gebilligt wurde, nahmen die Kommission und der Hohe Vertreter am 18. März 2020 einen neuen [Vorschlag](#) für die ÖstP nach 2020 an. Die Konsultation hatte gezeigt, dass alle Partnerländer daran interessiert waren, die Partnerschaft an ihre individuellen Bedürfnisse und Umstände anzupassen. Während assoziierte Länder sich an gemeinsamen Initiativen mit Bezug zu ihren AA und DCFTA beteiligen wollten, unterschieden sich möglicherweise die Ziele der nicht assoziierten Länder. Mit einem solchen maßgeschneiderten Ansatz würde die Umsetzung bilateraler Abkommen beschleunigt und durch eine tiefere sektorale Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den interessierten Partnerländern ergänzt.

Der Vorschlag zielt darauf ab, den Handel anzukurbeln, die Konnektivität zu verbessern und die wirtschaftliche Integration mit den ÖstP-Ländern zu vertiefen und dabei die demokratischen Institutionen, den Rechtsstaat, die ökologische und Klimaresilienz zu stärken und gleichzeitig die digitale Transformation zu unterstützen und faire und integrative Gesellschaften zu fördern. Der Hauptschwerpunkt liegt auf der Stärkung der Resilienz gemäß dem [strategischen Ansatz zur Resilienz im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU](#) von 2017. Zusätzlich zu den Zielen der Querschnittsthemen bezüglich Geschlechtergleichstellung, Zivilgesellschaft, Medien und strategische Kommunikation sind die wichtigsten politischen Ziele:

a) „Gemeinsam für resiliente, nachhaltige und integrierte Volkswirtschaften“

Diese Politikziele sind darauf gerichtet, die Volkswirtschaften zu stärken, die Ungleichheiten zu reduzieren und aus den Partnerländern Orte zu machen, „in denen die Menschen ihre Zukunft bauen wollen“. Durch den wachsenden Handel, eine tiefere wirtschaftliche Integration und Investitionen in KMU, Konnektivität und die Möglichkeiten, die sich aus der fortwährenden ökologischen und digitalen Transformation ergeben, soll das Ziel erreicht werden, ein attraktives Geschäftsumfeld mit nachhaltigen Arbeitsplätzen und ökonomischen Chancen zu schaffen, das Wohlstand für alle ermöglicht. Die wichtigsten Zielsektoren für die wirtschaftliche Entwicklung sind Energie, Transport und die Umwelt.

b) „Gemeinsam für rechenschaftspflichtige Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit“

Im Rahmen dieser Politikziele hebt der Vorschlag eine verantwortungsvolle Staatsführung und demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Antikorruptionspolitik, den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die Achtung der Menschenrechte und Sicherheit, einschließlich der Unterstützung der von Konflikten betroffenen Bevölkerung als Bausteine für resiliente Staaten und Gesellschaften und Hauptfaktoren für eine funktionierende Marktwirtschaft und nachhaltiges Wachstum hervor. Das Rechtsstaatsprinzip gilt als Schlüsselement für ein wirksames

Geschäftsklima ebenso wie für ausländische Direktinvestitionen. Der Vorschlag fordert ein neuerliches Bekenntnis zu den Grundlagen der Partnerschaft und eine verbesserte Messung der Ergebnisse, der Auswirkungen der Reformen und darüber, wie die Menschen diese Reformen wahrnehmen.

c) „Gemeinsam für ökologische und Klimaresilienz“

Ökologische und Klimaherausforderungen genießen hohe Priorität. Während die EU die Investitionsbeschränkungen einräumt, hilft sie den Partnerländern, ihrer Beiträge zum Übereinkommen von Paris zu erfüllen und ihre Volkswirtschaften zu modernisieren, ihre CO₂-Bilanz zu verbessern und den Weg in Richtung Klimaneutralität einzuschlagen. Die EU wird dabei helfen, die Energiesicherheit in der Region zu erhöhen und die Energieeffizienz der Gebäude zu steigern, und die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und die Modernisierung des Gesundheitssektors unterstützen.

d) „Gemeinsam für eine resiliente digitale Transformation“

Der Vorschlag hebt eine starke digitale Präsenz in den Nachbarländern der EU als zentraler Treiber für Wachstum und nachhaltige Entwicklung hervor. Daher wird die EU mehr in die digitale Transformation der OstP-Ländern investieren und im Einklang mit der EU-Gesetzgebung und bewährten Verfahren die Expansion innovativer digitaler Startups unterstützen. Die EU wird auch die Cyberabwehrfähigkeit in der Region unterstützen und dabei mitwirken.

e) „Gemeinsam für resiliente, faire und integrative Gesellschaften“

Der Vorschlag stellt fest, dass freie und faire Wahlen sowie transparente, bürgernahe und rechenschaftspflichtige öffentliche Verwaltungen für die Demokratie unerlässlich sind. Weitere Schlüsselfaktoren für resiliente, faire, integrative und demokratische Gesellschaften, mit entsprechend hoher Priorität, sind eine engagierte Zivilgesellschaft, freie, pluralistische und unabhängige Medien und der Schutz der Rechte der Bürger (einschließlich der Minderheiten).

3.1. Der Rat bekräftigt Engagement für gemeinsame Demokratie, Wohlstand und Stabilität

In seinen [Schlussfolgerungen](#) vom 11. Mai 2020 begrüßt der Rat „die bedeutenden Fortschritte, die die Östliche Partnerschaft bisher erzielt hat“, und bekräftigt „seinen auf Anreizen und Bedingungen beruhenden Ansatz, um die östlichen Partnerländer zu ermutigen, weiterhin Reformen einzuleiten und ihre diesbezüglichen Anstrengungen weiter zu verstärken“. Der Rat bestätigt, dass der derzeitige politische Rahmen, einschließlich der „20 Zielvorgaben für 2020“, „gültig ist und greifbare Ergebnisse und Vorteile für die Menschen mit sich bringt“.

Der Rat ruft dazu auf, die Östliche Partnerschaft „strategischer, ehrgeiziger, flexibler und integrativer“ zu gestalten, damit die Teilnehmer gemeinsame und globale Herausforderungen in einem breiten Spektrum von Bereichen gemeinsam angehen können, insbesondere in der „gegenwärtigen, durch den Ausbruch von Covid-19 verursachten beispiellosen Situation“.

Der Rat „fordert nachdrücklich ein erneutes und verstärktes Bekenntnis zu den Grundlagen der Östlichen Partnerschaft“. Dazu gehören Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und eine erfolgreiche Antikorruptionspolitik, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie wirtschaftliche, ökologische, Klima- und Energieresilienz, digitale Transformation und Initiativen, die auf Investitionen in Menschen abzielen.

Darüber hinaus unterstreicht der Rat, dass „die strategische Kommunikation eine zentrale Aufgabe bleiben sollte, um die Sichtbarkeit und den Nutzen der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu fördern, nicht zuletzt im Zuge der zunehmenden Desinformation“. Er betont insbesondere, wie wichtig es ist, die Widerstandsfähigkeit der ÖstP-Länder gegen Desinformation zu stärken, und erinnert an „die Schlüsselrolle der Task Force East StratCom zu diesem Zweck“.

3.2. Positionen der Länder der Östlichen Partnerschaft

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 riefen die [Außenminister](#) der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau dazu auf, die Hilfen für die Östliche Partnerschaft im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 der EU aufzustocken. Dies würde eine angemessene Finanzierung der umfassenden und ehrgeizigen Reformen ermöglichen, die für die Vollendung des EU-Integrationsprozesses der ÖstP-Länder erforderlich sind.

Darüber hinaus ist [Georgien](#) der Ansicht, dass die jüngste Mitteilung der Kommission viele interessante praktische Ideen enthält, aber „politisch nur wenig Signalwirkung aufweist“. In dieser Hinsicht hofft Georgien, dass der Gipfel im Juni 2020 seine Bestrebungen anerkennen und einen Weg aufzeigen wird, wie die EU-Integration des Landes vorangetrieben werden kann.

Auf dem Treffen zum 10. Jahrestag der Östlichen Partnerschaft im November 2019 unterstrich der [armenische Außenminister](#), dass die Partnerschaft eine absolut wichtige Plattform für einen wirksamen Multilateralismus ist, deren strategische Bedeutung darin besteht, die EU-Mitgliedstaaten und die sechs ÖstP-Länder zusammenzubringen. Die Schaffung eines Gefühls der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den ÖstP-Ländern und den einzelnen EU-Mitgliedstaaten wurde als wichtige Herausforderung für das neue Jahrzehnt beschrieben. Gleichzeitig plädieren [armenische Organisationen der Zivilgesellschaft](#) dafür, sie in EU-Arbeitsgruppen – mit oder ohne Stimmrecht – aufzunehmen, um sie in politische Debatten auf EU-Ebene einzubinden.

3.3. Nächste Schritte für die Östliche Partnerschaft

Das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft, das nun per Videokonferenz am 18. Juni 2020 stattfinden soll, wird voraussichtlich den Auftrag erteilen, eine neue Reihe konkreter Ergebnisse zu entwickeln, die auf den derzeit 20 Ergebnissen für 2020 aufbauen. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs der EU und der Östlichen Partnerschaft die Aufnahme neuer Gespräche über die Liberalisierung der Visabestimmungen mit Armenien, Aserbaidschan und Belarus [erörtern](#) werden, deren Bürger für Reisen in die EU nach wie vor ein Visum benötigen.

Das Europäische Parlament wird seine [Empfehlung](#) (gemäß Artikel 118 GO) an den Rat, die Kommission und den Hohen Vertreter der EU für die Östliche Partnerschaft während der Plenartagung des Parlaments im Juni vor der Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs verabschieden (Berichtersteller: Petras Auštrevičius, Renew, Litauen). Der [Bericht](#) des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET), der für die Plenarsitzung des Parlaments vorgelegt wurde, empfiehlt unter anderem, dass die Schlussfolgerungen des Gipfels eine klare Strategie sowie eine langfristige gemeinsame Vision für das weitere Engagement und die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft nach 2020 enthalten sollten. In diesem Zusammenhang fordert der AFET-Ausschuss, dass die Verpflichtungen und politischen Anreize der EU verstärkt werden, während die ÖstP-Länder sich verpflichten, ihre eigenen Verpflichtungen zu erfüllen.

4. Das Europäische Parlament und EURO-NEST

Das Parlament spielt eine zunehmend sichtbare Rolle bei der Unterstützung der Demokratie und der Förderung der Menschenrechte im Ausland, auch in den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Die Ukraine ist ein Schlüsselbeispiel für die in den letzten Jahren gewachsene „weiche“ diplomatische Macht des Parlaments, die sich durch den Einsatz verschiedener Instrumente wie Wahlbeobachtungsmissionen, Vermittlung (vor allem durch den Jean-Monnet-Dialog), den Sacharow-Preis sowie sein Programm für junge Führungskräfte u. a. zur Förderung der Demokratie auszeichnet.

Das Parlament ist regelmäßig Gastgeber der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST der Östlichen Partnerschaft. Dieses 2011 eingerichtete interparlamentarische Forum setzt sich aus 60 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und jeweils 10 Mitgliedern aus den Parlamenten Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine zusammen. Auf der Website von EURO-NEST heißt es: „Belarus nimmt aus politischen Gründen nicht an den Aktivitäten der Versammlung teil“, aber die belarussischen Parlamentsmitglieder „werden willkommen geheißen, sobald das Land die politischen Anforderungen der Gründungsakte der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST erfüllt hat“.

Auf ihrer [ordentlichen Sitzung im Dezember 2019](#) in Tiflis, Georgien, verabschiedete die Parlamentarische Versammlung EURO-NEST eine [Entschließung](#) zum Thema „Die Zukunft der Trio-Plus-Strategie bis 2030: Aufbau einer Zukunft [für die] Östliche Partnerschaft“ und forderte eine Diskussion über eine „ehrgeizigere Anwendung der Differenzierung und der Grundsätze „mehr für mehr und weniger für weniger““ sowie eine neue Leitinitiative: die Trio-Plus-Strategie 2030. Inspiriert durch den Berliner Prozess zur Integration des Westbalkans 2014 zielt der „Europäische Trio-Prozess“ auf eine differenzierte Behandlung des Länder-Trio in der Östlichen Partnerschaft – Ukraine, Georgien und Republik Moldau – ab und schlägt eine aktive EU-Politik der offenen Tür für diejenigen ÖstP-Länder vor, die bedeutende und wertvolle Fortschritte erzielen. In der Entschließung heißt es, dass die Trio-Plus-Strategie 2030 die Instrumente der Östlichen Partnerschaft ergänzen und als „ein ehrgeiziges europäisches geopolitisches Instrument sein wird, bei dem eine neue Generation von Institutionen und politischen Maßnahmen, nachhaltige Handels- und Stabilisierungsabkommen und ihre Instrumente (EU-Unterstützungsgruppe für das Trio, die Trio-Investitionsplattform, den europäischen Grünen Deal, das digitale Europa, die Förderung des europäischen Lebens und der europäischen Demokratie, die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA), Konnektivitätsagenda, TEN, Horizont 2020, Konferenz über die Zukunft Europas und andere EU-Initiativen) eingesetzt werden“.

Darüber hinaus betont die Entschließung, „dass die Trio-Plus-Strategie 2030, die durch den Europäischen Trio-Prozess unterstützt wird, erhebliche positive Auswirkungen auf die Meinung der russischen Bevölkerung haben wird, indem sie sie dabei unterstützt, ein offenes demokratisches europäisches Land anzustreben“.

5. Wichtige Meilensteine für die Östliche Partnerschaft

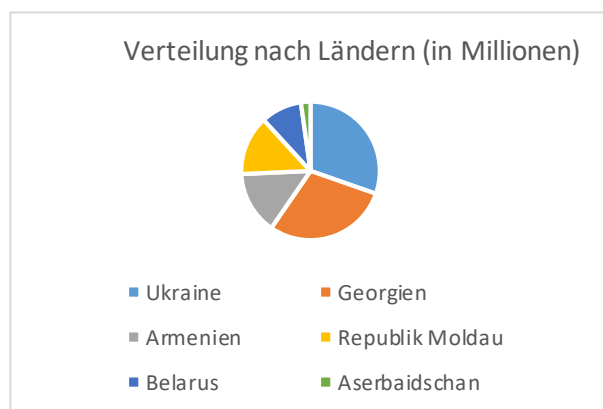
Tabelle 2: Wichtige EU-Abkommen mit ÖstP-Ländern

	Armenien	Aserbaidshan	Belarus	Georgien	Republik Moldau	Ukraine
Visa-erleichterungen*	2014	2014	Visaerleichterungen/Rückübernahmeabkommen im Januar 2020 unterzeichnet. Die Abkommen wurden vom Rat nach Zustimmung des EP im Mai 2020 angenommen und werden voraussichtlich am 1. Juli 2020 in Kraft treten.	2011	2011	2014
Visa-liberalisierung*	-	-	-	2017	2014	2017
(Assoziierung) Abkommen*	2018 Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft trat vorläufig in Kraft	2017 Beginn der Verhandlungen über ein umfassendes und erweitertes Partnerschafts-abkommen	-	2016 Assoziierungs-abkommen	2016 Assoziierungs-abkommen	2017 Assoziierungs-abkommen
Vertiefte und umfassende Freihandelszone	-	-	-	2016	2016	2017

* Jahr des Inkrafttretens (Quelle: [Europäischer Rat](#)).

EU-Unterstützung während der Coronavirus-Krise in den Ländern der Östlichen Partnerschaft

Im Rahmen ihrer globalen [Reaktion](#) auf den Ausbruch des Coronavirus hat die EU 80 Mio. EUR für den unmittelbaren Bedarf und bis zu 883 Mio. EUR für den kurz- und mittelfristigen sozioökonomischen Wiederaufbau in den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft [bereitgestellt](#). Die für den unmittelbaren Bedarf bereitgestellten Mittel [decken](#) unter anderem die Lieferung von medizinischer Ausrüstung und Schutzausrüstung ab, darunter Beatmungsgeräte, Laborkits, Masken, Schutzbrillen, Kittel und Sicherheitsanzüge. Sie werden auch zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Teile der Bevölkerung eingesetzt, indem z. B. humanitäre Hilfspakete an ältere Menschen und



Menschen mit Behinderungen geliefert werden.

Die Verteilung des geographisch zweckgebundenen Teils dieser Mittel sieht wie folgt aus: Ukraine 190 Mio. EUR; Georgien 183 Mio. EUR; Armenien 92 Mio. EUR; Republik Moldau 87 Mio. EUR; Belarus 60 Mio. EUR; und Aserbaidschan 14 Mio. EUR.

Die Garantien des [Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung](#) in Höhe von bis zu [500 Mio. EUR](#) für die gesamte östliche und südliche Nachbarschaft werden neu auf die Reaktion auf die Pandemie ausgerichtet.

Coronavirus-bezogene Makrofinanzhilfen

Die EU hat eine makrofinanzielle Hilfe (MFA) in Höhe von insgesamt 3 Mrd. EUR [gewährt](#), um zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftspartnerländer bei ihren Bemühungen um die Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu unterstützen. Zu diesen Ländern gehören drei ÖstP-Staaten, nämlich die Ukraine (1 200 Mio. EUR); Georgien (150 Mio. EUR) und die Republik Moldau (100 Mio. EUR).

6. Profile der Länder der Östlichen Partnerschaft

6.1. Armenien: Auf dem Weg zu staatlichen Reformen

Die Beziehungen zwischen der EU und Armenien basieren auf einem umfassenden und erweiterten Partnerschaftsabkommen (CEPA), das im Juni 2018 vorläufig in Kraft getreten ist. Dies steht im Gegensatz zu dem zuvor ausgehandelten bilateralen AA/DCFTA, die Armenien 2013 nicht unterzeichnete, nachdem man sich entschied, der von Russland angeführten [Eurasischen Wirtschaftsunion](#) beizutreten. Dieser Schritt war von Sorgen über [mögliche russische Vergeltung](#) motiviert und rechtlich mit der Einrichtung eines DCFTA nicht vereinbar.

6.1.1. Politische Lage

Nach der Samtenen Revolution vom April-Mai 2018 wurde [Nikol Pashinyan](#) Premierminister von Armenien. Seine My-Step-Koalition erhielt bei den [Wahlen](#) im Dezember 2018 eine überwältigende Unterstützung (70 %). [Human Rights Watch](#) bewertete die Regierung positiv, weil sie „erste Schritte zur Entwurzelung der kleptokratischen Kräfte“ im Land unternommen habe. Das geplante [Referendum](#) über Verfassungsänderungen wurde wegen des durch die aktuelle Pandemie verursachten Ausnahmezustands [verschoben](#).

6.1.2. Wirtschaftliche Lage

Vor der aktuellen Krise war die wirtschaftliche Lage des Landes gut, mit einer niedrigen Inflationsrate, einem konstanten Wirtschaftswachstum und einem niedrigen Haushaltsdefizit von nur 0,8 % im Jahr 2019.

Im Jahr 2018 [betrug](#) das BIP 10,5 Mrd. EUR, während das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2016-2018 bei 3 370 EUR lag. In den letzten Jahren war die [Arbeitslosenquote](#) stabil gewesen und lag 2019 bei 17,7 %. Die Bevölkerung ist hauptsächlich im Dienstleistungssektor (51 %) und in der Landwirtschaft (33 %) tätig, wobei die Industrie 16 % der Armenier beschäftigt.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) des Landes sind Russland (27,1 % des Gesamthandels), gefolgt von der EU-27 (20,3 %), China (11,6 %) und der Schweiz (6,3 %). Nur ein weiteres ÖstP-Land – die Ukraine (2,3 %) – gehört zu den 10 wichtigsten Handelspartnern Armeniens. Die [Exportstruktur](#) Armeniens wird von Brennstoffen und Bergbauprodukten (38 %) dominiert, gefolgt von landwirtschaftlichen Produkten (28 %) und Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes (22,5 %).

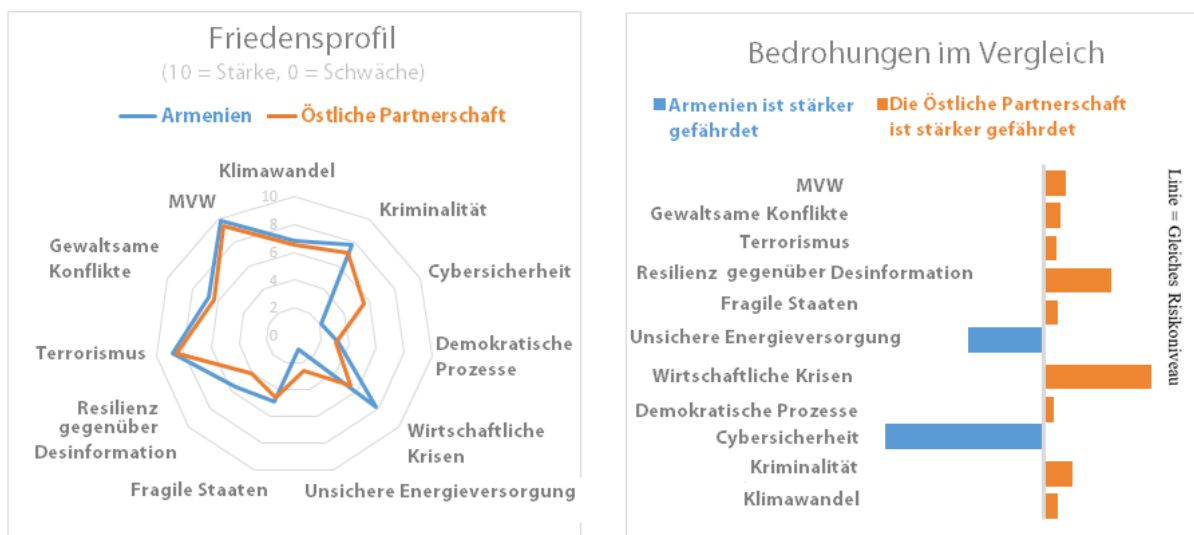
6.1.3. Sicherheitsfragen: Berg-Karabach

Die nach wie vor angespannten Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan hängen damit zusammen, dass Armenien das international nicht anerkannte Gebiet Berg-Karabach – das formal zu Aserbaidschan gehört – [unterstützt](#). Weitere Einzelheiten finden Sie im Unterabschnitt 6.2.3 zu Aserbaidschan.

6.1.4. Friedensprofil

Dem Normandie-Index zufolge ist Armeniens Resilienz gegenüber Bedrohungen von Frieden und Sicherheit ähnlich hoch wie der ÖstP-Durchschnitt. Die Cybersicherheit ist schwächer als in anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft.

Abbildung 3: Normandie-Index – Armenien im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index.

6.1.5. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Im Bereich der [direkten persönlichen](#) Kontakte traten 2014 die Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen in Kraft. Mehr als 1 300 armenische Studenten nahmen zwischen 2015 und 2017 am Programm Erasmus+ teil. Armenische Forscher nehmen an Horizont 2020 teil.

6.2. Aserbaidschan: autoritärer Reformismus?

Die Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan basieren auf dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Aserbaidschan, das seit 1999 in Kraft ist. Die Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen begannen 2017 mit dem Ziel, dem politischen Dialog und der Zusammenarbeit neue Impulse zu geben. Die Verteidigung der Menschenrechte und die Gewährleistung der Zivilgesellschaft sowie der Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Aserbaidschan werden von der EU als wesentlicher Bestandteil der bilateralen [Beziehungen](#) betrachtet. Aserbaidschan liefert rund 5 % des Gasbedarfs der EU.

6.2.1. Politische Lage

Aserbaidzhan ist ein autoritäres Land. Präsident Ilham Alijew trat 2003 die Nachfolge seines Vaters Heydar Alijew an. Durch ein Referendum im Jahr 2009 wurde die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten abgeschafft, und das 2016 geschaffene Amt des Vizepräsidenten wurde [Mehriban Alijewa](#), der Ehefrau des Präsidenten, übertragen. Seit den [vorgezogenen Wahlen](#) vom Februar 2020 kontrollieren die regierende Partei Neues Aserbaidzhan (YAP) und ihre Verbündeten nun 124 von 125 Sitzen in der Nationalversammlung. Im letzten Quartal des Jahres 2019 gab es in der aserbaidzhanischen Regierung und Verwaltung mehrere personelle Veränderungen, von denen die prominenteste die Ernennung von [Ali Asadov](#) zum Premierminister im Oktober 2020 war. Analysten haben mehrere Gründe für diese Veränderungen angeführt, der wichtigste davon ist die klare Notwendigkeit, die aserbaidzhanische Wirtschaft zu reformieren und zu diversifizieren. Weitere von Analysten angeführte Gründe sind die Bereitschaft Alijews, die Beziehungen des Landes zu den Vereinigten Staaten und der EU zu stabilisieren, die Stärkung der Rolle der Paschajews (der Familie der Frau des Präsidenten) sowie die Notwendigkeit, auf eine Reihe von sozialen Protesten der letzten Zeit zu reagieren.

6.2.2. Wirtschaftliche Lage

Öl- und Gaseinnahmen machen über 50 % des BIP aus und haben einen enormen [Einfluss](#) auf den Lebensstandard der Bevölkerung. Daher wird der derzeitige [Rückgang der Ölpreise](#) sicherlich enorme Auswirkungen auf die Situation im Land haben und das sehr niedrige Haushaltsdefizit von nur 0,3 % erhöhen. Im Jahr 2018 [belief sich](#) das BIP auf 38,5 Mrd. EUR, während das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2016-2018 bei 3 710 EUR lag. In den letzten Jahren war die [Arbeitslosenquote](#) stabil und lag 2019 bei 5,4 %. Aserbaidzhaner arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor (50 %) und in der Landwirtschaft (36 %), wobei die Industrie 14 % der Bevölkerung Beschäftigung bietet.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) des Landes sind die EU-27 (36,7 %), gefolgt von der Türkei (13,5 %), Russland (9 %) und China (6,6 %). Nur ein weiteres ÖstP-Land – die Ukraine (2,4 %) – gehört zu den 10 wichtigsten Handelspartnern Aserbaidzhans. Die [Exportstruktur](#) des Landes wird fast vollständig von Brennstoffen und Bergbauerzeugnissen (92 %) dominiert, wobei landwirtschaftliche Erzeugnisse und Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes 5 % bzw. 3 % des Handels ausmachen.

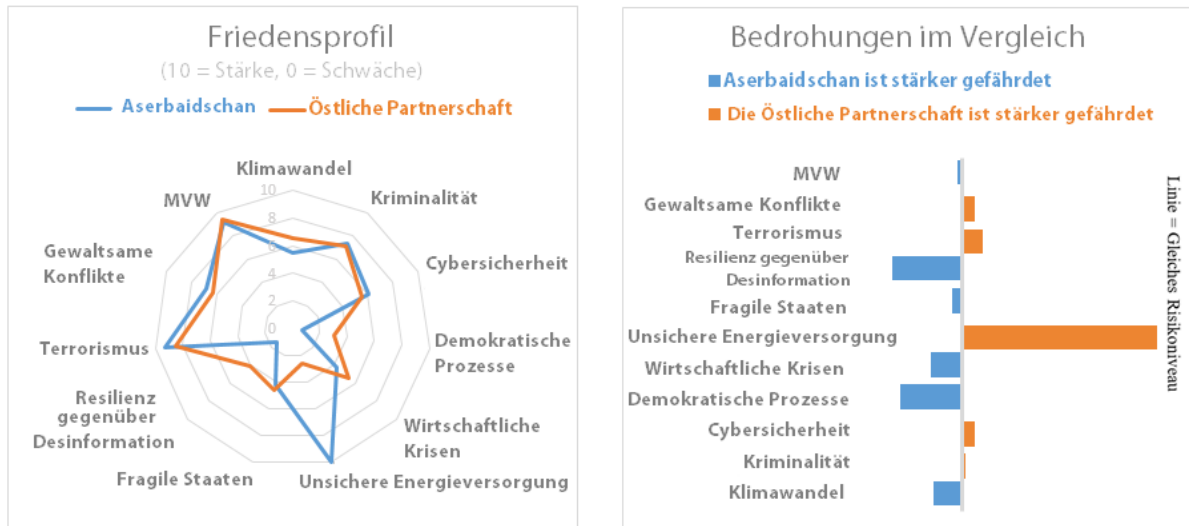
6.2.3. Sicherheitsfragen: Berg-Karabach

Die wichtigste Sicherheitsfrage des Landes sind die Beziehungen zu Armenien, da Armenien den nicht anerkannten abtrünnigen Staat Berg-Karabach [unterstützt](#), der formell zu Aserbaidzhan gehört. Seit 1994 hält ein unsicherer Waffenstillstand den Frieden, aber die [von der OSZE geführte Minsker Gruppe](#) hat es bisher versäumt, eine dauerhafte friedliche Lösung herbeizuführen. Die letzte große Eskalation im [April 2016](#) kostete über [200 Menschen](#) das Leben. Der jüngste Machtwechsel in Armenien hat eine [Gelegenheit](#) geschaffen, den Friedensprozess voranzubringen. Wie einige Analysten behaupten, könnte sich die Situation jedoch plötzlich [ändern](#), mit negativen Folgen für alle Seiten.

6.2.4. Friedensprofil

Der Normandie-Index [spiegelt die Tatsache wider, dass](#) Aserbaidzhan ein Energieproduzent ist und somit über eine hohe Resilienz gegen Energieunsicherheit verfügt. Die Fragen der demokratischen Prozesse und der Resilienz gegen Desinformation stellen besondere Herausforderungen dar.

Abbildung 4: Normandie-Index – Aserbaidschan im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index.

6.2.5. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Im Bereich der direkten persönlichen Kontakte traten 2014 die Visierleichterungs- und Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Aserbaidschan in Kraft. Die EU versucht, die Zivilgesellschaft, auch in Berg-Karabach, zu unterstützen. Diese Versuche werden jedoch durch die schlechte Menschenrechtssituation, die staatliche Kontrolle über die NRO und die begrenzten Möglichkeiten, NRO aus dem Ausland zu finanzieren, eingeschränkt.

Fast 1 600 aserbaidsschanische Studierende und akademische Mitarbeiter nahmen zwischen 2015 und 2019 am Programm Erasmus+ teil. Darüber hinaus haben über 3 300 junge Menschen an kurzfristigen Austausch-, Mobilitäts-, Ausbildungs- und Freiwilligenprojekten teilgenommen.

6.3. Belarus: Besserung der angespannten EU-Beziehungen?

Die autokratische Politik des langjährigen Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, hat die Beziehungen zwischen der EU und Belarus über die Jahre hinweg belastet. Vor diesem Hintergrund hat die EU ihre Programme so ausgerichtet, dass sie dem belarussischen Volk insgesamt zugute kommen. Die Beziehungen zwischen der EU und Belarus haben nach der Krise in der Ukraine begonnen, sich zu erholen. Minsk scheint sich der Notwendigkeit bewusst zu sein, seine Abhängigkeit von Moskau zu verringern, und vollzieht damit einen immer heikleren Balanceakt. In den letzten vier Jahren hat die Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus zugenommen, und die EU-Hilfe für Belarus hat sich auf rund 30 Mio. EUR jährlich verdoppelt. Im Zeitraum 2014-2020 belief sich die EU-Hilfe für Belarus im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments auf 170 Mio. EUR. Visierleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit der EU wurden im Januar 2020 unterzeichnet, vom Rat nach Zustimmung des EP im Mai 2020 angenommen und sollen am 1. Juli 2020 in Kraft treten.

Die Menschenrechte sind nach wie vor ein zentraler Zankapfel zwischen der EU und Belarus, das im Allgemeinen eine sehr schlechte Menschenrechtsbilanz aufweist und das letzte Land in Europa ist, das die Todesstrafe anwendet. Aus diesem Grund ist Belarus derzeit nicht Teil der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST. Der jährliche Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Belarus bietet

ein Forum zur Erörterung der Menschenrechtslage in Belarus und zur Planung der gemeinsamen Schritte, die in diesem Bereich unternommen werden sollen. Die Prioritäten der Partnerschaft EU-Belarus, über die derzeit verhandelt wird, bilden den strategischen Rahmen für die künftige Zusammenarbeit. Die Achtung der universellen Freiheiten, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, einschließlich der Rede-, Meinungs- und Medienfreiheit sowie der Arbeitnehmerrechte, bleibt jedoch ein zentraler Punkt in den Beziehungen zwischen der EU und Belarus.

6.3.1. Wirtschaftliche Lage

Die Beziehungen zwischen Russland und Belarus – wobei letzteres stark von der Verarbeitung und dem Reexport russischen Öls abhängig ist – verschlechterten sich im Januar, nachdem sie sich nicht auf neue Öllieferbedingungen für 2020 einigen konnten. Inmitten des [Ölpreiskriegs](#) zwischen Russland und Saudi-Arabien hat Saudi-Arabien Belarus erhebliche Preisnachlässe angeboten. Obwohl Moskau Minsk versprochen hat, seine Preiskonditionen zu lockern, scheint Minsk seine Ölquellen diversifizieren zu wollen, selbst wenn die russische Versorgung vollständig wiederhergestellt ist. Es wird [erwartet](#), dass sich die belarussische Wirtschaft in den Jahren 2020-2021 aufgrund der sich verschlechternden globalen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie, die durch niedrige Ölpreise und ein niedriges Angebot noch verschärft wird, deutlich abschwächen wird.

Das BIP des Landes [belief sich](#) 2018 auf 50,5 Mrd. EUR. Das Pro-Kopf-BIP für den Zeitraum 2016-2018 belief sich auf 5 000 EUR. Die [Erwerbslosenquote](#) lag 2019 bei 5,8 %. Die Belarussen arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor (59 %) und in der Industrie (31 %), wobei die Landwirtschaft 10 % der Bevölkerung Beschäftigung bietet.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) von Belarus sind Russland (49,2 % des Gesamthandels), gefolgt von der EU-27 (18,1 %). Ukraine (8,1 %) und China (6,2 %). Die [Exportstruktur](#) von Belarus wird von Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes (54 %) dominiert, gefolgt von Brennstoffen und Bergbauprodukten (25 %) und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (19 %).

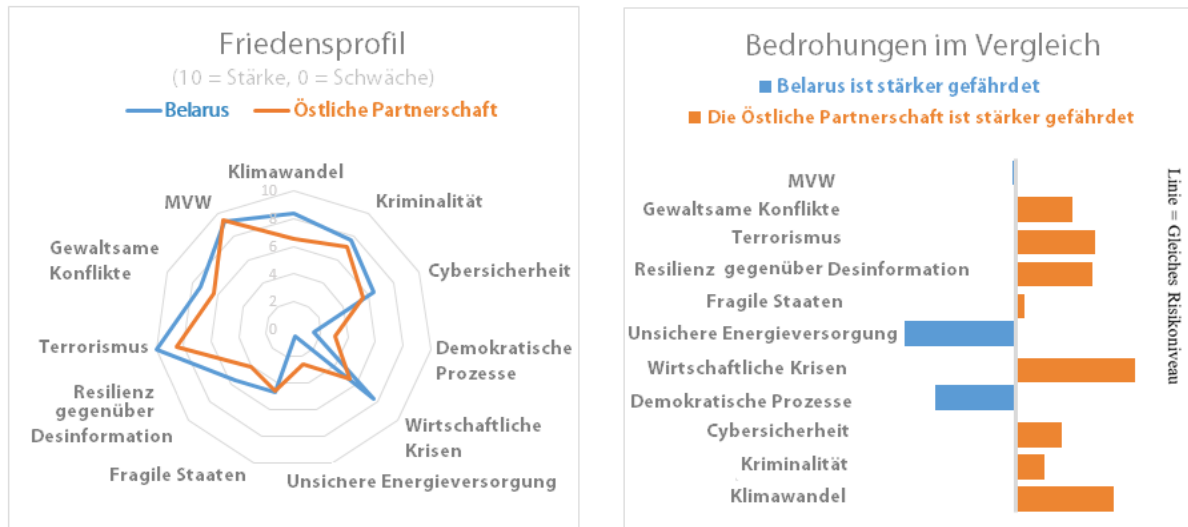
6.3.2. Sicherheitsfragen

Belarus ist traditionell ein enger strategischer Verbündeter Russlands, wie die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder, das laufende „Unionsstaat“-Projekt und die starke Abhängigkeit von russischer Energie zeigen. In den letzten zehn Jahren haben sich jedoch in den bilateralen Beziehungen zunehmend Reibungspunkte ergeben. Zwar kann Lukaschenko nicht mit Moskau brechen, aber er hat zunehmend mit Dritten, einschließlich der EU, zusammengearbeitet, um zu versuchen, seine Abhängigkeit von Russland, das auf eine tiefere Integration drängt, zu verringern. Ein anhaltender Streit mit Russland über die Ölpreise und schwierige Beziehungen zu seinen Nachbarn werden letztlich den Handlungsspielraum von Belarus bestimmen. Indirekt damit verbunden sind die Spannungen mit Litauen wegen des Kernkraftwerks, das von einem russischen Unternehmen in [Astravets](#), nur 40 km von Vilnius entfernt, gebaut wird. Vor diesem Hintergrund besteht die EU darauf, dass die Einhaltung höchster nuklearer Sicherheitsstandards eine Schlüsselpriorität ist, um die nukleare Sicherheit über die eigenen Grenzen der EU hinaus zu gewährleisten. Die EU ermutigt Belarus, die konstruktive Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Behörden fortzusetzen. Belarus hat beschlossen, freiwillig Stresstests von Astravets durchzuführen, indem es einen nationalen Bericht in Übereinstimmung mit der EU-Methodik erstellt, den Bericht an die Kommission schickt und eine Peer-Review veranstaltet. Seit 2011 leistet die EU der belarussischen Atomaufsichtsbehörde über das Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit technische Unterstützung.

6.3.3. Friedensprofil

Der Normandie-Index spiegelt die oben erwähnten schwachen demokratischen Prozesse und die geringe Resilienz der Energiesicherheit wider.

Abbildung 5: Normandie-Index – Belarus im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index.

6.3.4. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Wie oben angemerkt, wurden die Vereinbarungen über Visaerleichterungen und Rückübernahmen im Januar 2020 unterzeichnet, und sie sollen im Sommer 2020 in Kraft treten. In den Jahren 2018 und 2019 wurde eine Reihe von [Kooperationsprojekten](#) im Bereich des Grenz- und Migrationsmanagements gestartet, um die Kapazitäten von Belarus und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken. Mehr als 3 000 Studierende und akademische Mitarbeiter haben seit 2009 an Austausch im Rahmen des Programms Erasmus+ teilgenommen, und etwa 3 400 junge Menschen und Arbeitnehmer aus Belarus haben seit 2014 an gemeinsamen Austausch-, Ausbildungs- und Projektmaßnahmen in der EU teilgenommen. Belarus hat sich an 48 Horizont-2020-Projekten zur Förderung der Forschungs- und Innovationskapazität beteiligt. Belarus profitiert von zwei grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen, Lettland-Litauen-Belarus und Polen-Belarus-Ukraine, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Grenzgebieten fördern.

6.4. Georgien: Konsolidierung ihrer europäischen Ambitionen?

Georgiens Ziel der EU-Integration wurde durch die im Jahr 2017 verabschiedeten [Verfassungsänderungen](#) bestätigt. Die Verfassung verlangt von den Behörden, alle Maßnahmen im Rahmen ihrer Befugnisse zu ergreifen, um die volle Integration Georgiens in die Europäische Union zu gewährleisten, und hebt dieses politische Ziel somit in ein Ziel von verfassungsmäßigem Rang. Die EU [unterstützt](#) georgische KMU, hilft bei der Modernisierung des Agrarsektors des Landes, leistet [makrofinanzielle Hilfe](#), unterstützt Initiativen zur Entwicklung der Regierungsführung sowie Konnektivitätsprogramme im Bereich der Verkehrs-, Strom- und Wasserinfrastruktur.

6.4.1. Politische Lage

Präsident Georgiens ist [Salome Zourabichvili](#). Seit September 2019 ist ihr Premierminister [Giorgi Gakharia](#) von der Partei Georgischer Traum – Demokratisches Georgien (KO) unter Führung des Milliardärs [Bidzina Ivanishvili](#), der 2012-2013 Premierminister war. Bei den Wahlen 2016 erhielt KO über **48 %** der Stimmen und erhielt damit eine [verfassungsmäßige Mehrheit](#) von drei Vierteln der Sitze. Diese Überrepräsentierung ist auf das Wahlgesetz zurückzuführen, das vorschreibt, dass 77 Sitze durch eine proportionale Listenabstimmung und 73 Sitze durch Wahlkreise mit nur einem Mitglied vergeben werden sollten. Der Übergang zu einem vollständigen Verhältniswahlssystem wird bis 2024 dauern. Die nächsten Wahlen sind im Oktober 2020 geplant. Während die Frage, welche Wahlregeln im Jahr 2020 angewendet werden sollten, zu politischen Auseinandersetzungen geführt hat, bot eine [Vereinbarung](#) vom März 2020 eine Lösung, wobei 120 von 150 Sitzen nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden sollten. Es wurde auch die Anforderung eingeführt, dass eine Partei mindestens 40 % der Stimmen erhalten muss, um selbst eine Regierung bilden zu können. Die Regierungs- und Oppositionsparteien [verpflichteten sich](#), die Gesetze zu verabschieden, die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlich sind. Die jüngsten Verfassungsänderungen haben dazu beigetragen, den Übergang des Landes von einem Präsidentsystem zu einem parlamentarischen System zu vollenden. Der Präsident wird 2024 vom Wahlkollegium gewählt.

6.4.2. Wirtschaftliche Lage

Die soliden makroökonomischen Rahmenbedingungen, das gute Geschäftsumfeld und die gesunde öffentliche Finanzverwaltung werden von der Weltbank als die [Stärken](#) Georgiens angesehen. Im Jahr 2018 [betrug](#) das BIP des Landes 13,8 Mrd. EUR, während das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2016-2018 bei 3 600 EUR lag. Die [Arbeitslosenquote](#) sank schrittweise von 17,2 % im Jahr 2012 auf 11,6 % im Jahr 2019. Die Georgier [arbeiten](#) hauptsächlich im Dienstleistungssektor (44 %) und in der Landwirtschaft (43 %), wobei die Industrie 13 % der Bevölkerung Beschäftigung bietet.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) des Landes sind die EU-27 (23,4 %), gefolgt von der Türkei (14,2 %) und Russland (11,5 %). Andere ÖstP-Staaten sind ebenfalls wichtige Partner und überholen, wenn man sie zusammenzählt, die Türkei. Aserbaidschan (8,2 % des Gesamthandels), Armenien (5,3 %) und die Ukraine (5,1 %) sind die wichtigsten Handelspartner des Landes im Rahmen der Östlichen Partnerschaft. Georgiens Exporte werden von Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes (46 %) dominiert, gefolgt von landwirtschaftlichen Produkten (29 %) und Treibstoffen und Bergbauerzeugnissen (22 %).

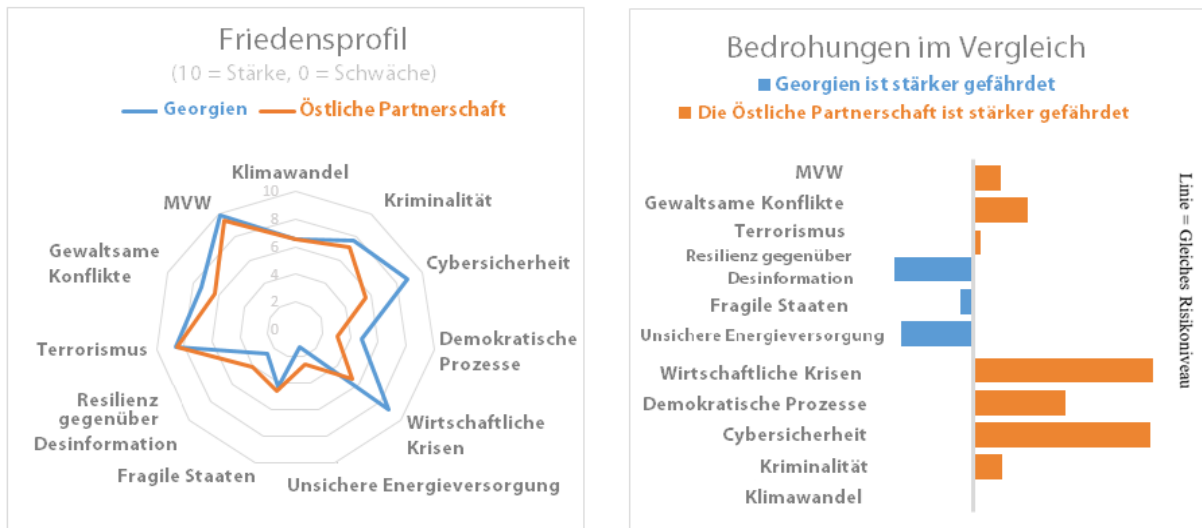
6.4.3. Sicherheitsfragen: Abchasien und Südossetien

Die EU [unterstützt](#) nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen. Russland besetzt [Abchasien und Südossetien](#) – zwei Regionen, die **20 %** des georgischen Territoriums ausmachen. Nach dem Konflikt zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008 entsandte die EU eine unbewaffnete zivile [EU-Beobachtermission in Georgien](#) (EUMM). Seine über **200 Mitarbeiter überwachen die Einhaltung** des von der EU vermittelten [Sechs-Punkte-Abkommens](#). Die EUMM bietet auch eine Vollzeit-Hotline an, die es beiden Seiten ermöglicht, über sicherheitsrelevante Fragen zu kommunizieren und so Spannungen abzubauen. Russland hält weiterhin an seinen Streitkräften fest, obwohl es sich verpflichtet hat, sich auf die Positionen zurückzuziehen, die es vor dem bewaffneten Konflikt von 2008 innehatte.

6.4.4. Friedensprofil

Dem Normandie-Index zufolge weist Georgien ein geringeres Maß an Bedrohungen für Frieden und Sicherheit auf als der Durchschnitt anderer ÖstP-Länder. Ihre Energiesicherheit stellt jedoch eine Schwachstelle dar. Umgekehrt schneidet Georgien in Bezug auf seine demokratischen Prozesse, die Cybersicherheit und die Resilienz gegenüber Wirtschaftskrisen relativ gut ab.

Abbildung 6: Normandie-Index – Georgien im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index.

6.4.5. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Im Bereich der direkten persönlichen Kontakte genießen Georgier visafreie Einreise in den Schengen-Raum; georgische Studenten und akademische Einrichtungen nehmen an Erasmus+ teil. Die EU unterstützt auch die Umsetzung der nationalen Strategie Georgiens zum Schutz der Menschenrechte, die geschaffen wurde, um alle Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Menschenrechtslage im Land zu systematisieren. Die Umsetzung der Strategie sollte Georgien die langfristige Einhaltung der EU-Standards zum Schutz der Menschenrechte erleichtern.

6.5. Republik Moldau: Vom Klassenbesten zum Problemkind

Seit dem Beitritt der Republik Moldau zur regionalen Initiative der Östlichen Partnerschaft vor zehn Jahren waren seine Beziehungen zur EU enger geworden, und lange Zeit galt das Land als „prominentestes Mitglied“ der Östlichen Partnerschaft, das mit großem Eifer nach einer klaren Beitrittsperspektive suchte. Nach einem massiven Bankenbetrugsskandal, der 2014 zum Zusammenbruch von drei moldauischen Banken führte, ist die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität des Landes jedoch zunehmend ins Wanken geraten, und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen und sogar NGOs ist nach wie vor gering. Das AA/DCFTA zwischen der EU und der Republik Moldau wurde im Juni 2014 unterzeichnet und trat am 1. Juli 2016 vollständig in Kraft, wodurch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau gestärkt wurden. Doch die jüngsten Probleme, die mit der Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, dem Mangel an fairen und transparenten Wahlen, einer nicht so unparteiischen Justiz und unzureichenden Anstrengungen zur Bekämpfung von

Korruption und Geldwäsche zusammenhängen, haben die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau belastet.

6.5.1. Politische Lage

Die politische Dynamik der Republik Moldau – ein Land zwischen der EU und Russland – ist vom ungelösten Streit um die abtrünnige krenlfreundliche Region Transnistrien geprägt. Diese geopolitische Frontlinie [spiegelt](#) sich in der politischen Landschaft des Landes wider, und innerstaatliche Streitigkeiten und Polarisierung reflektieren oft umfassendere Spannungen und Trends wider. Der [Zusammenbruch](#) des reformistischen, pro-europäischen Kabinetts von Maia Sandu im November 2019 löste [Besorgnis](#) über die Zukunft der Anti-Korruptionsreformen, die Unabhängigkeit der Justiz und die Ermittlungen zum Bankenbetrug von 2014 aus. Seither zählt der krenlfreundliche Präsident Igor Dodon (Moldauische Sozialistische Partei) auf die [Unterstützung](#) der neuen Regierung für enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Entsprechend haben sich die außenpolitischen Signale geändert; Chisinau hat die Bedeutung der EU und anderer westlicher Geber [heruntergespielt](#) und stattdessen den Beziehungen zu Moskau und Ankara offenbar Vorrang eingeräumt.

6.5.2. Wirtschaftliche Lage

Obwohl Moldau eines der [ärmsten](#) Länder Europas ist, ist seine Wirtschaft – laut der [Economist Intelligence Unit](#) (EIU) – stetig gewachsen, da sich die Finanz- und Preisbedingungen nach einem realen BIP-Rückgang um 0,3 % im Jahr 2015 aufgrund des Bankenbetrugs und sinkender Agrarpreise normalisiert haben. Die EIU geht davon aus, dass der IWF trotz des erwarteten Mangels an Fortschritten bei den institutionellen Reformen die fiskal- und geldpolitische Glaubwürdigkeit des Landes hochstufen wird. Seit 2005 hat sich der Handel der Republik Moldau von Russland in die EU verlagert. Die EU ist der [größte Handelspartner](#) des Landes und der größte ausländische Investor. 64 % aller Exporte und 56 % aller Importe der Republik Moldau entfallen auf die EU. Die EU erleichtert moldauischen KMU den Zugang zu Finanzmitteln und unterstützt das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Land. Weiterhin ist die EU der größte ausländische Geldgeber der Republik Moldau. Die bilaterale Hilfe für die Republik Moldau im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) ist von 40 Mio. EUR im Jahr 2007 auf 131 Mio. EUR im Jahr 2014 stark angestiegen. Moldau ist der größte Pro-Kopf-Empfänger von EU-Hilfe in der Nachbarschaft der EU.

Das BIP des Landes [belieft](#) sich 2018 auf 9,7 Mrd. EUR, während das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2016-2018 bei 2 400 EUR lag. Die [Arbeitslosenquote](#) liegt bei niedrigen 3,7 %. Moldauer arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor (51 %) und in der Landwirtschaft (32 %), wobei die Industrie 17 % der Bevölkerung Beschäftigung bietet.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) des Landes sind die EU-27 (53,6 % des Gesamthandels), gefolgt von Russland (10,4 %), China (7,3 %), der Türkei (5,5 %), der Ukraine (5,4 %) und Belarus (2,5 %). Die [Exportstruktur](#) der Republik Moldau wird von Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes (52 %) und landwirtschaftlichen Produkten (46 %) dominiert.

6.5.3. Sicherheitsfragen: Der ungelöste Transnistrien-Konflikt

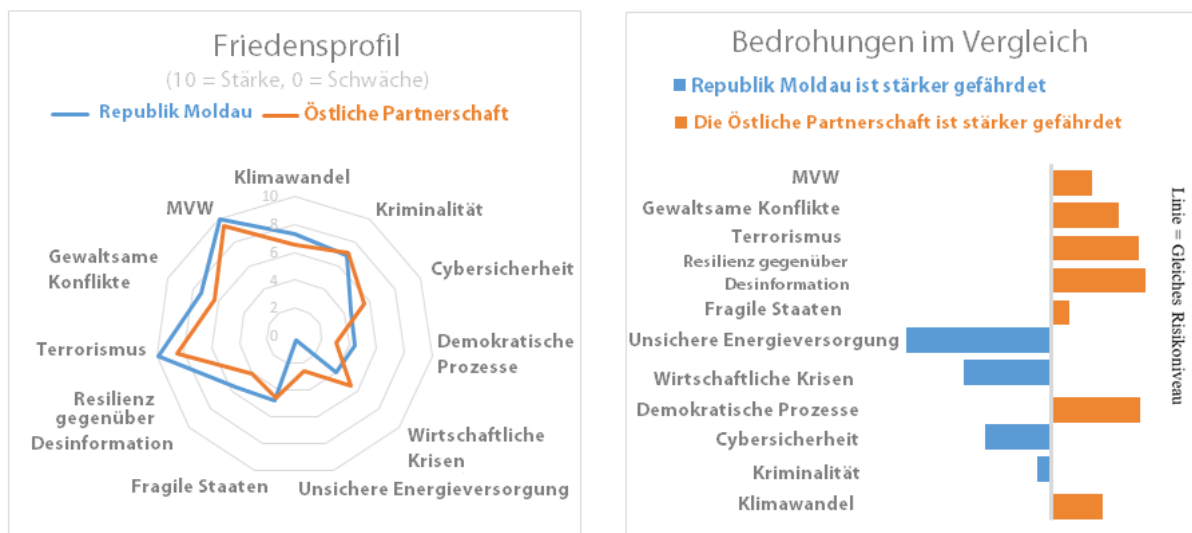
Seit 1990, als in [Transnistrien](#), einer Region am Ostufer des Dnjestr, ein bewaffneter Konflikt ausbrach, hat Moldau keine wirksame Kontrolle über das Land. Die 2005 gestartete Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes in der Republik Moldau und der Ukraine ([EUBAM](#)) trägt über den 5+2-Verhandlungsprozess zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts bei.

Die EU unterstützt Maßnahmen, die die Beilegung des Transnistrien-Konflikts erleichtern sollen, indem sie das Vertrauen zwischen Chişinău und Tiraspol durch gemeinsame Initiativen mit Interessenvertretern beider Seiten stärkt. Die EU unterstützt auch Maßnahmen zur Förderung der regionalen Entwicklung in Gagausien, einer Region, die von einer Gruppe von Menschen bewohnt wird, die Gagausisch sprechen, eine Sprache, die zur türkischen Sprachfamilie gehört.

6.5.4. Friedensprofil

Der Normandie-Index spiegelt die Bedrohungen für Frieden und Sicherheit wider, denen die Republik Moldau ausgesetzt ist. Die Resilienz gegenüber Wirtschaftskrisen und einer unsicheren Energieversorgung gehören zu den schwächsten Punkten des Landes.

Abbildung 7: Normandie-Index – Republik Moldau im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index 2020.

6.5.5. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Die demografische Situation Moldaus ist die schlechteste in Europa; die Bevölkerung ist seit 1989 um fast ein Drittel geschrumpft. Seit die EU im Jahr 2014 eine visafreie Regelung für Moldauer eingeführt hat, haben bisher über 1,5 Mio. von ihr Gebrauch gemacht. Zwischen 2015 und 2017 studierten oder lehrten über 900 moldauische Studierende und akademische Mitarbeiter im Rahmen von Erasmus+ in der EU.

6.6. Ukraine: An vorderster Front geopolitischer Veränderungen

Die Ukraine ist ein vorrangiger Partner der EU und des Europäischen Parlaments und hat in den letzten Jahren, nach „den Jahren der vertanen Chancen“ (2009 bis 2013), erhebliche Veränderungen erfahren. Im Jahr 2013 löste die Entscheidung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch gegen die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU große Proteste in der Ukraine aus. Im Februar 2014 stimmte das ukrainische Parlament für die Amtsenthebung von Janukowitsch, der anschließend Kiew fluchtartig verließ. Russland reagierte auf diese Entscheidung im März 2014 unter Verstoß gegen das Völkerrecht mit der Annexion der Krim und begann einen hybriden Krieg gegen die Ukraine, der auch Aggressionen in der Ostukraine und gezielte

[Desinformationskampagnen](#) umfasste. Die EU, die Vereinigten Staaten und andere Länder verhängten daraufhin [Sanktionen](#) gegen Russland.

Die EU setzt sich konsequent für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine ein und unterstützt den demokratischen Weg Kiews. Das AA/DCFTA sind das wichtigste Instrument für engere Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Die Ukraine setzt ihr ehrgeiziges Reformprogramm fort, unter anderem in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justizreform, Verfassungs- und Wahlrechtsreform, Verbesserung des Geschäftsklimas und der Energieeffizienz sowie Reformen der öffentlichen Verwaltung und der Dezentralisierung. Die Unterstützungsgruppe für die Ukraine ([SGUA](#)), die vom Kommissionspräsidenten 2014 eingerichtet wurde, unterstützt diese Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem EAD, der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine und der EU-Beratungsmission. Seit 2014 haben die EU und die internationalen Finanzinstitutionen mehr als 15 Mrd. EUR an Zuschüssen und Darlehen zur Unterstützung des Reformprozesses und in Abhängigkeit von weiteren Reformprozessen [zur Verfügung gestellt](#). Das Europäische Parlament, dessen diplomatische Rolle in den letzten Jahren [ausgeweitet](#) wurde, ist stark in demokratiefördernde Aktivitäten in der Ukraine involviert und leitet die internen Reform- und Kapazitätsbildungsbemühungen für das ukrainische Parlament.

6.6.1. Politische Lage

Im April 2019 besiegte der Komiker Wolodymyr Selenskyj im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen den Post-Maidan-Präsidenten Petro Poroschenko. Bei den Parlamentswahlen vom Juli 2019 erhielt Selenskyi die absolute Parlamentsmehrheit. Nach dem Rücktritt von Premierminister Oleksij Hontscharuk und einer überstürzten Kabinettsumbildung, nachdem die zuvor sehr hohe Popularität Selenskyis im Februar unter 50% gefallen war, wurde am 4. März 2020 ein neues Kabinett vorgestellt. Die Abwesenheit von Hontscharuk und Finanzministerin Oxana Markarowa hat [Besorgnis](#) über den weiteren Reformweg der Ukraine ausgelöst.

6.6.2. Wirtschaftliche Lage

Die übereilte Regierungsumbildung kann die Reformbemühungen untergraben, die [Beziehungen zum IWF beeinträchtigen](#) und das Vertrauen der Investoren zu einem Zeitpunkt erschüttern, zu dem die Ukraine wirtschaftliche Stabilität und Investitionen benötigt, da es ihr nicht gelungen ist, ein lange aufgeschobenes IWF-Darlehen in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zu lösen. Groß angelegte Reformen im Bankensektor führten nach Angaben der [EIU](#) 2019 zu positiven Ergebnissen. Der konsolidierte Gewinn wuchs zum Jahresende auf 2,2 Mrd. EUR, was auf wachsende [Realeinkommen](#) und eine verbesserte Verbraucherstimmung zurückzuführen ist. Der Bankensektor wird jedoch nach wie vor von staatlichen Banken dominiert und bleibt volatil. Die ausländischen Direktinvestitionen sind nach wie vor gering, und die weltweite Konjunkturabschwächung und die Unsicherheit hinsichtlich der Strukturreformen und der IWF-Verhandlungen geben Grund zur Besorgnis. Das DCFTA hat seit Januar 2016 zu einem stetigen Anstieg des bilateralen Handels zwischen der EU und der Ukraine geführt, der 2019 44,6 Mrd. EUR erreichte. Mit einem Anteil von 40% am Handel der Ukraine mit der EU ist die EU der wichtigste Handelspartner der Ukraine.

Im Jahr 2018 [betrug](#) das BIP 105,5 Mrd. EUR, während das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2016-2018 bei 2 290 EUR lag. Nach dem Ausbruch des Konflikts im Jahr 2014 stieg die [Arbeitslosenquote](#) von 7,2% auf 9,3% und stabilisierte sich auf diesem Niveau. Die Ukrainer arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor (61%) und in der Industrie (24%), wobei 15% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

Die wichtigsten [Handelspartner](#) des Landes sind die EU-27 (40,2 % des Gesamthandels), gefolgt von China (11,6 %), Russland (9,1 %) und Belarus (5,0 %). Die [Exportstruktur](#) der Ukraine wird von Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes (46 %) und landwirtschaftlichen Produkten (43 %) dominiert, gefolgt von Brennstoffen und Bergbauprodukten (11 %).

6.6.3. Sicherheitslage in der Ostukraine

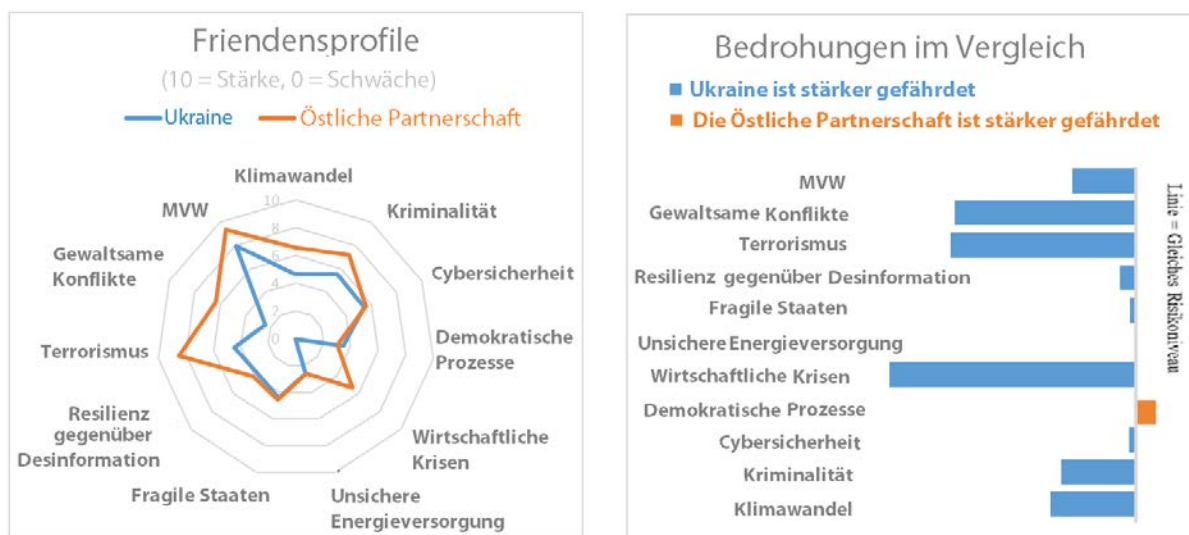
2014 wurde ein Friedensplan für die Ostukraine (das Protokoll von Minsk) unterzeichnet. 2015 einigten sich die Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland (das „Normandie-Format“) auf einen neuen [Waffenstillstand](#) und ein [Maßnahmenpaket](#) zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Seither sind nur begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Entlang der Kontaktlinie kommt es nach wie vor zu Verstößen gegen den Waffenstillstand. Inzwischen sind etwa [13 000 Todesopfer](#) und bis zu 30 000 Verletzte zu beklagen, 1,4 Millionen Menschen wurden vertrieben, und 3,4 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe. Die Vereinten Nationen (VN) baten im Januar 2020 um die Bereitstellung von 143 Mio. US-Dollar für humanitäre Hilfe und den Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen in der Ostukraine. 2019 wurden jedoch gewisse [Fortschritte](#) erzielt. Es kam zu zwei Gefangenenaustauschen, wobei auch der ukrainische Filmemacher und [Träger des Sacharow-Preises](#) 2018, Oleh Senzow, freigelassen wurde. Zudem fand im Dezember 2019 in [Paris](#) das erste Gipfeltreffen im Normandie-Format seit 2016 statt. Die Parteien kamen überein, den Waffenstillstand vollständig umzusetzen und die Streitkräfte in drei weiteren Regionen bis Ende März 2020 abzubauen. Seit dem Gipfel ereigneten sich erneut Verstöße gegen den Waffenstillstand, und es kommt [nach wie vor](#) zu tödlichen Zusammenstößen. Mit neuen Gesprächen wird in den kommenden Monaten gerechnet. Die EU ist einer der größten humanitären Geber in der Krise im Osten der Ukraine und hat [141,8 Mio. EUR](#) an finanzieller Nothilfe bereitgestellt, davon allein 23 Mio. EUR im Jahr 2019.

6.6.4. Friedensprofil

Der Normandie-Index [spiegelt deutlich den hybriden Krieg Russlands gegen](#) die Ukraine wider, der durch größere Bedrohungen für Frieden und Sicherheit gekennzeichnet ist, als sie von seinen ÖstP-Nachbarn erlebt werden.

Zudem wird die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber Wirtschaftskrisen im Vergleich dazu als geringer eingeschätzt.

Abbildung 8: Normandie-Index – Die Ukraine im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft



Datenquelle: EPRS, Normandie-Index.

6.6.5. Gesellschaft, Bildungswesen und direkte persönliche Kontakte

Visumfreies Reisen für Ukrainer mit biometrischen Pässen trat am 11. Juni 2017 in Kraft. Seitdem haben Ukrainer mit solchen Pässen fast 3 Millionen Mal visafrei die EU besucht. Die EU unterstützt die Integration der Ukraine in den Europäischen Forschungsraum – durch die Forschungsprogramme [Horizont 2020](#) und [Euratom](#) – sowie in den Europäischen Hochschulraum. Gleichzeitig ist die Ukraine ein sehr aktiver [Teilnehmer](#) am Programm Erasmus+; über 9 000 ukrainische und fast 4 000 europäische Studenten und akademische Mitarbeiter haben davon profitiert.

7. Wichtigste bibliografische Angaben

„Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020: Stärkung der Resilienz – eine Östliche Partnerschaft, die allen Vorteile bringt, Gemeinsame Mitteilung, [JOIN\(2020\) 7 endgültig](#), 18. März 2020.

Secieru, S. und Saari, S., [The Eastern Partnership a decade on: Looking back, thinking ahead](#) (Die Östliche Partnerschaft ein Jahrzehnt später: Zurückblicken, nach vorne denken), Chaillot-Papier, Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS), 18. Juli 2019.

Die geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Situation in Europa hat sich in den vergangenen zehn Jahren, seit die Östliche Partnerschaft ursprünglich gegründet wurde, bedeutend verändert. Mit dem wachsenden Druck auf Demokratien und Multilateralismus weltweit, einem aggressiven Russland unter Wladimir Putin und einem immer stärker Einfluss nehmenden China wächst auch die Rolle der Europäischen Union – einem globalen Vorkämpfer für Demokratie und Multilateralismus – und ihre Verantwortung für eine nachhaltige Stabilität in der Region der Östlichen Partnerschaft. Vor diesem Hintergrund haben die neue „geopolitische“ Europäische Kommission und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik einen Vorschlag für die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 eingereicht, der seinen Schwerpunkt auf die „Stärkung der Resilienz“ setzt.

Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes für die Mitglieder
EPRS | Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.



PE 651.966
ISBN 978-92-846-6820-5
doi:10.2861/691931